

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung,
Prag, II., Nekasanka 1A.

Telephone:
Tagesredaktion:
26795, 31469.
Nachredaktion: 26792.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einsparungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

10. Jahrgang.

Freitag, 19. September 1930.

Nr. 221.

Für Frieden und Abrüstung.

Große Aktion der französischen Sozialisten.

Paris, 18. September. Der Verwaltungsausschuß der französischen sozialistischen Partei hat in einer Resolution gegen die Maßnahmen protestiert, die gegen die polnischen Sozialisten ergriffen worden sind. Diese Tagesordnung erklärt sich mit der polnischen sozialistischen Partei in ihrem Kampfe für die Demokratie und den Frieden solidarisch. Die französischen Sozialisten werden aufgefordert, allenthalben gegen die Diktatur in Polen zu manifestieren.

Außerdem wurde mit dem Exekutivauschuß der sozialistischen Internationale vereinbart, im Oktober große Kundgebungen zugunsten der Organisierung des Friedens und der Abrüstung abzuhalten. Die sozialistischen Parlamentarier werden vom 25. bis 28. Oktober besonders über diese Fragen in der Öffentlichkeit sprechen.

Der Fall Maher.

Protestkundgebungen in Graz.

Graz, 18. September. (N.) Heute zwischen acht und neun Uhr abends sammelten sich vor dem hiesigen tschechoslowakischen Konsulat in der Merangasse einige junge Leute an und versuchten die Verurteilung des Grazer Privatbeamten Alfred Maher in Prag zu demonstrieren. Auch vor dem tschechoslowakischen Vereinshaus in der Brodmannstraße kam es gleichzeitig zu Ansammlungen Jugendlicher, wobei Fenstersteine eingeschlagen und Bänke beschmutzt wurden. In beiden Fällen wurden jedoch die Demonstranten durch die herbeigeeilte Polizei sofort zerstreut.

Die Geheimfonds der Bundesbahnen.

Wien, 18. September. Ein den Blättern heute vormittags übergebener Auszug aus dem Protokoll der Untersuchungskommission, die sich mit den Geheimfonds der Bundesbahnen Österreichs und ihrer Verwendung befaßt, bestätigt, daß drei Fonds zu besonderen Zwecken bestanden haben. Auch der frühere Bundesbahnpräsident Gähner verfügte über gewisse Mittel, die nicht zu Buch standen. Insgesamt dürften den drei Fonds im Laufe der Jahre 1.300.000 Schilling überwiesen worden sein. Vergütungen wurden in erster Linie Mitgliedern der Bundesbahnen gewährt, und zwar den Vorstandsmitgliedern und auch noch den mittleren Beamten. Das Material, das dem Staatsanwalt übergeben wird, soll auch dem Nationalrat vorgelegt werden.

Bergarbeiterregeluthe in Lüttich.

Lüttich, 18. September. Der Exekutivauschuß des internationalen Bergarbeiterverbandes protestierte auf seiner Tagung energisch gegen die Verhaftung des polnischen Bergarbeiterführers Abgeordneten Stanczyk, der in dem Augenblicke festgenommen wurde, als er nach Lüttich abzureisen wollte.

Der Ausschuh billigte das Protokoll der Arelauer Tagung vom 12. Mai, beschloß, die Aufmerksamkeit des wirtschaftlichen Ausschusses des Völkerbundes noch einmal auf die Bedeutung der Kohlenfrage zu lenken, und erörterte eingehend die Arbeiten der letzten Konferenz des internationalen Arbeitsamtes.

Die Weltwirtschaftskrise

und ihr Einfluß auf den Außenhandel.

London, 18. September. (N.) Das Nachrichtenblatt des Handelsministeriums veröffentlicht interessante Angaben über den Einfluß den die jetzige Wirtschaftskrise auf den Außenhandel einiger Staaten ausübt. Im Verlaufe der ersten sieben Monate dieses Jahres sank die Einfuhr in den Vereinigten Staaten im Vergleich mit der gleichen Zeitspanne des Vorjahres um 25,9 Prozent, in Italien verminderte sie sich um 21,4 Prozent, in Deutschland um 17,8 Prozent, in Frankreich um 12 Prozent, in Großbritannien um 10 Prozent, in Belgien um 5,8 Prozent und in Luxemburg ebenfalls um 5,8 Prozent. Während der gleichen Zeit sank die Ausfuhr in den Vereinigten Staaten um 22,6 Prozent, in Italien um 20,9 Prozent, in Großbritannien um 16,4 Prozent, in Belgien und Luxemburg um 14,1 Prozent, in Frankreich um 9,6 Prozent und in Deutschland um 6,2 Prozent. In allen diesen Ländern wird die Herabsetzung des Export- und Importwertes in bedeutendem Maße durch die Preisrückgänge in der ganzen Welt verursacht.

Sammlung gegen die Diktaturgefahr.

Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Berlin, 18. September. (Eigenbericht.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei veröffentlicht einen Aufruf, in dem für die treue und hingebungsvolle Arbeit allen Parteigenossen der Dank der Gesamtpartei ausgesprochen wird. Sie habe dem Sturm standgehalten, der von allen Seiten gegen die Sozialdemokraten mit Lügen und Verleumdungen geführt worden war. Die Sozialdemokratie ist trotz alledem ungeboren aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Sie ist nach wie vor die stärkste Partei; einheitlich und geschlossen stützt sie sich auf das Vertrauen der hinter ihr stehenden Massen. Verdoppelte Aufmerksamkeit und Hingabe sei jetzt die Pflicht jedes einzelnen Parteigenossen.

Es dürfe nicht dahin kommen, daß die Republik der Diktatur das Feld überlasse. Jetzt müsse dafür gesorgt werden, daß der Weg zur

verfassungsmäßigen Gesetzgebung wieder beschritten werde.

Niemals dürfe sich die deutsche Arbeiterklasse die Diktatur einer Elitenherrschaft gefallen lassen.

So wie die Hugenberg'sche Diktatur die deutsche nationale Partei zertrümmert habe, so würde eine andere Diktatur ganz Deutschland in einen Trümmerhaufen verwandeln.

Die Sozialdemokratie werde mit verstärkter Kraft für die politischen Rechte und die sozialpolitischen Errungenschaften des arbeitenden Volkes kämpfen. In dieser Situation, die für das Proletariat so außerordentlich gefährdend sei, hätten die Kommunisten noch immer nicht ihre arbeitserfeindliche Taktik eingestellt. Jetzt sei es notwendig, die Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen.

Die unangenehme Minderheitendebatte.

Die Außenminister der Kleinen Entente und Polens beraten.

Genf, 18. September. In der sechsten Kommission kommt morgen der Antrag des Reichsministers Dr. Curtius, betreffend einen wirksameren Minderheitenschutz, zur Beratung. Die Vertreter der interessierten Staaten bereiten ihre bestimmte Stellungnahme zu diesem Antrag vor.

Aus diesem Grunde findet heute abends beim polnischen Außenminister Jaleski eine Beratung statt, an der die Minister der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Rumäniens, Griechenlands und Polens teilnehmen.

Kriegsverhütung in der Theorie.

Finanzhilfe für angegriffene Staaten.

Genf, 18. September. Die dritte Kommission (Abrüstung) setzte heute nachmittags die des Völkerbundes (Abrüstung) setzte heute nachmittags ihre Arbeiten fort und nahm die ersten Artikel des Konventionentwurfes über die finanzielle Hilfe für angegriffene Staaten an.

Artikel 1 bestimmt, daß der Völkerbundrat über die Finanzhilfe entscheidet, wenn es sich zeigt, daß trotz seiner Bemühungen ein Staat zu den Waffen greift. Der Staat, dem die Finanzhilfe zuerkannt wird, verpflichtet sich, den Streitfall einem Schieds- oder anderen Verfahren, das der Völkerbundrat als passend ansehen würde, zu unterbreiten.

Artikel 2 besagt u. a.: Wenn der Völkerbundrat in irgendeinem internationalen Konflikt, der zu einem Konflikt führen könnte, alle im Interesse der Erhaltung des Friedens gelegenen Mittel ergriffen hat und wenn sich eine der gegnerischen Parteien diesen Maßregeln nicht unterwerfen würde, kann der Rat über Ansuchen der anderen Partei dieser eine finanzielle Unterstützung zuerkennen, wenn er der Ansicht ist, daß der Frieden auf andere Weise nicht gesichert werden kann.

Dieser letzte vom holländischen Delegierten beantragte Zusatz war die Veranlassung einer längeren Diskussion, aus der insbesondere hervorging, daß die Einrichtung einer finanziellen Hilfe eine Art letzte Warnung und Präventivmaßregel gegen den Krieg sein soll.

Generalkstreit in Barcelona.

Massenverhaftung von Journalisten.

Paris, 18. September. Wie Havas aus Barcelona meldet, haben gewisse durch den Gouverneur getroffene Zwangsmahnahmen den Generalkstreit beschleunigt. Er ist bereits für heute angekündigt worden. Der Direktor und die Redakteure der Zeitung „Solidaridade“ sind heute verhaftet worden. Ein Haftbefehl ist auch gegen die Delegierten des Streikkomitees der Transport- und Bauarbeiter erlassen worden. Diese halten sich verborgen, haben jedoch für den Fall ihrer eventuellen Festnahme bereits Stellvertreter ernannt.

Unter dem Eindruck der besagten Verfügung des Gouverneurs kam es in Barcelona zu zahlreichen Ausschreitungen, bei denen eine Reihe von Personen verhaftet wurde.

In der Stadt sind mehrere Hundert Mann Zivilgarde zusammengezogen worden. Dem Zivilgouverneur sind seitens der Regierung außerordentliche Vollmachten erteilt worden. Die Studenten haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt. Außer den Redakteuren der „Solidaridade“ sollen auch noch andere Journalisten verhaftet werden.

Madrid, 18. September. Der Rektor der Universität Barcelona hat sein Amt niedergelegt.

Auch eine „Pressfreiheit“.

Madrid, 18. September. Amtlich wird gemeldet, daß heute früh nach sieben Jahren die Presszensur aufgehoben wurde. Die heutigen Frühblätter erschienen bereits ohne vorhergehende Genehmigung des Zensurausschusses. Die Blätter sind jedoch verpflichtet, drei Abzüge jeder Ausgabe dem Zivilgouverneur einzuschicken, der ihre Ausgabe verbieten kann. Außerdem bestimmt das neue Strafgesetzbuch strenge Strafen für Presseangriffe, insbesondere gegen die Armee.

Schiebereien in Bombay.

Polizei verwundet 100 Demonstranten.

Bombay, 18. September. (Neuter.) Bei den heutigen Wahlen in den gesetzgebenden Provinzialrat in Bombay war die Polizei genötigt, gegen die Menge zu schießen. Es wurden 350 Freiwillige verhaftet, die Wachdienst verrichtet hatten. Etwa 100 Manifestanten wurden verwundet.

Graz Ferdinand kehrt zurück.

Paris, 18. September. Die Blätter erfahren über Budapest, daß der gewesene bulgarische Zar Ferdinand gestern in einem Automobil in Budapest eingetroffen ist und von dort nach Bulgarien

weiterreiste. Die bulgarische Regierung habe dem gewesenen Zaren die Rückkehr nach Bulgarien unter der Bedingung gestattet, daß er sich jeder politischen Betätigung enthalte.

Sechs Monate Kerker gegen eine polnische Abgeordnete.

Lublin, 18. September. In dem Prozeß gegen die ehemalige Abgeordnete der radikalen Volkspartei Wyzwolenie, Irene Kosmowski, welche wegen Verleumdung und Beleidigung des Regierungschefs, Marschall Pilsudski, angeklagt war, hat das Bezirksgericht in Lublin heute morgens um 3 Uhr das Urteil gefällt. Die Angeklagte wurde zu sechs Monaten Kerker verurteilt.

Warum so bescheiden?

Nationalsozialisten und Polizei. — Wirtschaft und Sozialdemokratie.

Von Paul Löbe (Berlin).

Auf der „Siegesfeier“ im Sportpalast in Berlin hat Herr Dr. Goebbels die Ansprüche bekanntgegeben, welche die nationalsozialistische Fraktion bei ihrer etwaigen Regierungsbeteiligung zu stellen gedenkt. Mit Emphase kündigt er als Gegenforderung für seine wertvolle Hilfe die Ueberlassung der Polizeiministerien im Reich und in Preußen, sowie des Polizeipräsidentiums in Berlin an. Nebenher erfolgte auch die Erwähnung des Wehrministeriums, aber das war vorläufig noch nicht so ernst gemeint, da er es selbst nicht für möglich hält, daß der Reichspräsident, der ja nur wegen hohen Alters von ihm begnadigt werden soll, den Austausch des Herrn Groener gegen Herrn Straßer mitmachen könnte.

Bleiben also die Polizeiposten. Wollte sich Herr Goebbels wirklich damit begnügen, die Gendarmenrolle in Deutschland zu übernehmen? Die stärkste Partei der kommenden Rechtskoalition, die dem deutschen Volke in ihren Versammlungen und Flugblättern doch ganz andere Erlösungen in Aussicht stellte, hat nur Polizeiwünsche?

Warum, Herr Goebbels, nicht das Außenministerium? Hier liegt doch nach Ihrer Ansicht der Krebsknoten der deutschen Politik. Hier gilt es doch, die Kriegskredite abzumähen, den Young-Plan umzubringen, die ganze Versailleschmach auszulösen, Deutschland von der Kriegsschuldfrage zu befreien und nebenher die Morridorfrage und ähnliche wunde Punkte der deutschen Außenpolitik zu lösen, die die Ursachen der Nationalsozialisten die Außenpolitik in den Händen der Schwächlinge lassen, die in den Völkerbund eingetreten sind und den Dawes-Plan zum Leben verhalfen, und die wieder umfallen werden, wie sie es nach ihrer Meinung immer getan haben? Das wäre unverantwortlich.

Nein, sie haben den Sieg und die Macht! Sie sind die stärkste Partei einer Rechtskoalition, man darf nicht plötzlich so zurückhaltend sein, sondern muß aufs Ganze gehen! Sehen Sie dort ein, wo Ihre Kritik am heftigsten war, wo ihre Anhänger die radikalste Abkehr von der bisherigen Schmachpolitik erwarten!

Und wie steht es mit dem Finanzministerium? Gilt es nicht die Ausrottung der Korruption, der Verschwendung und der hohen Gehälter, gilt es nicht die Enteignung der Bank- und Börsenfürsten, die Wegsteuerung der Millionäre? Wie in aller Welt können Sie, so stark geworden, gerade auf diesen zweiten, entscheidenden Platz verzichten, der doch für das Wohl des Landes viel wichtiger ist als die Gendarmerie gegen zwei Fünftel des eigenen Volkes zu führen, die sich auch bei diesen Wahlen zum Marxismus bekannt haben. Sie hatten die Rezepte in der Tasche, wie Finanz- und Wirtschaftskrise beseitigt werden können. Nur nicht schüchtern, packen Sie dort zu, wo am meisten zu wirken ist!

Denken Sie an die Wirtschaftskrise, die Ihnen die meisten Wähler zugeführt hat, sei es die der Landwirtschaft, sei es die der Industrie! Die Jungbauern hoffen auf Befreiung von der Agrarnot durch die Nationalsozialisten, die Industrie soll, so raunt man, wie einst Herr Girdorf, ihre Bewegung begrüßt haben. Da gibt es anzupacken, Ernährungsminister oder Wirtschaftsminister — werden die zukünftigen Koalitionsgenossen der größten Partei auch diese beiden Pläne ausschlagen können, wenn sie ernstlich darauf besteht? Sie können darauf nicht verzichten. Es ist doch übler, Hungerige mit Polizei zur Ordnung zu bringen, als sie satt zu machen, als die Ursache ihrer Unruhe zu beseitigen.

Wie ist es möglich, daß Herr Goebbels diese Angelpunkte der deutschen Politik übersehen und sich auf die Wendarmenrolle zurückziehen konnte? Gewiß wird ein Teil seiner Anhänger den „Futterkruppen“-Wechsel begrüßen und sich freuen, wenn Kommunisten und Sozialdemokraten von Polizei und Justiz verprügelt werden. Die Mehrheit ihrer Wähler aber glaubt doch Arbeit und Brot, Lastenerleichterung und Befreiung von außerpolitischen Druck zu erhalten. Deshalb etwas mehr Unternehmungsgeist und Mut auch für die praktische Besserungsarbeit, nicht nur für die Agitation!

Uebrigens überrascht nicht minder die Bescheidenheit, die bei der sogenannten „Wirtschaft“ nach der Wahl gegenüber der Sozialdemokratie zutage tritt. Gestern noch der Ruf: Los von den Ketten des Marxismus, heute schon das Angstgeschrei: die Sozialdemokratie muß dafür sorgen, daß außerpolitische Katastrophen vermieden werden, die Sozialdemokratie muß eine positive Mehrheit herstellen, Braun muß Reichskanzler werden! Wir sind ja geradezu der Rettungsanker geworden, der allein Herrn Curtius befähigen kann, von der ungestörten Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik zu sprechen. Wo ist ohne die Sozialdemokratie, die die Herren Schulz, Schiele und Treviranus aus der Regierung manövierten, die Mehrheit dafür, Herr Curtius?

Woher diese Wandlung? Waren wir nicht gestern noch die Bürger der deutschen Wirtschaft und die Hindernisse des Aufstiegs? Und heute schon sollen wir ihre Retter sein? Merkwürdige Umkehr der Wünsche und Gefühle.

Wir glauben, daß sich diese Optimisten den Gang der Dinge doch etwas zu leicht vorstellen. Die achteinhalb Millionen Wähler, die der Sozialdemokratie die Treue gewahrt und Uebermensliches für ihren Erfolg geleistet haben, sie erwarten von unserem Einfluß Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage, Schutz der Opfer der Krise und ernste sachliche Arbeit für die Behebung der Wirtschaftsnot.

Diese Aufgabe wird die Sozialdemokratie auch in ihrer geschwächten Position zu erfüllen suchen. Sind die Regierungsparteien so wenig wie vor den Wahlen bereit, ihr Zugeständnisse zu machen, so wird sie es mit aller Energie in der Rolle der Opposition versuchen, wie sie es in der längsten Zeit ihrer Existenz getan hat. Nicht andere aus den selbstgeschaffenen Verlegenheiten zu retten ist unsere Aufgabe, sondern die elementaren Lebensbedingungen der deutschen Arbeiterklasse zu wahren bleibt auch in der heutigen Lage unsere geschichtliche Mission!

Wir und die tschechischen Agrarier.

Wir haben vorgestern in einem Leitartikel den tschechischen Agrariern, der führenden Regierungspartei, ihr Unverständnis gegenüber den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei und der diesen entsprechenden Politik der deutschen Sozialdemokratie vorgehalten. Der „Venkov“ antwortet uns nun gleichfalls in einem Beitaufsatz, geht aber sehr vorsichtig dem eigentlichen Problem, um das es sich uns gehandelt hat, aus dem Wege. Nach dem Grundsatze, die beste Verteidigung ist der Angriff, wirft uns Udrzals Blatt unser Verhalten gegenüber dem tschechoslowakischen Militär und der Prager Polizei vor. Dazu wollen wir an die Adresse der tschechischen Agrarier etwas sagen, was bei Leuten, die nicht ganz nationalstischen Schlagworten verfallen sind, verstanden werden könnte.

Wir glauben, daß es die Aufgabe der Presse ist, alle staatlichen und öffentlichen Einrichtungen wachsamem Auge zu beobachten und Uebelstände aufzudecken, um sie zu beheben. Von dieser Kritik kann das Militär nicht ausgenommen werden und noch weniger als wir an die Unschicklichkeit des Papstes glauben, glauben wir an die Unschicklichkeit der Bischofs, Podhajsky und Syrový. So wenden wir unsere Aufmerksamkeit insbesondere den Soldatenelbstmorden zu, deren Häufigkeit wir als ein schweres Krankheitsymptom des tschechoslowakischen Heeres ansehen und wir werden — ob wir in Zukunft in der Regierung oder außerhalb derselben sein werden — immer wieder den Ursachen dieser Krankheit, die so viel blühende Menschenleben vernichtet, nachgehen. Wir werden auch weiterhin, unserer grundsätzlichen Einstellung gemäß, gegen jeden Militarismus, also auch gegen den heimischen Militarismus auftreten, weil wir den Krieg als höchstes Uebel ansehen und die Rüstungen der europäischen Staaten, auch der Tschechoslowakei, eine Gefährdung des europäischen Friedens darstellen. Doch aber Europa den Frieden braucht, sollten angesichts der Weltwirtschaftskrise, auch die tschechischen Agrarier begreifen und wenn sie es wissen, sollten sie auch danach handeln. Sind sie ehrliche Pazifisten, dann mühten sie sich über gewisse, den inneren Gesetzen des Militarismus entsprechende und durch ihn hervorgerufenen Uebelstände ebenso entrüsten und bemüht sein, diese abzustellen.

Auch in unserer Kritik gegenüber den hiesigen Zuständen geübten Polizeimethoden werden wir nicht erlahmen. Wenn Kommunisten von der Polizei geprügelt werden, werden wir auch weiterhin an der Seite des Geprügelten und nicht des Prügelnden stehen. Wir tun das wahrhaftig nicht aus Sympathie für die Kommunisten. Wir wissen, vielleicht besser als die Agrarier, was für Elemente sich unter den Führern der K. P. C. befinden, haben wir doch mit ihnen so manchen Strauß ausgefochten! Aber wir werden uns niemals zu der Ansicht bekehren, daß man eine Bewegung mit dem Pöbel niederwirft, sondern glauben, daß man die kommunistische Partei mit den Waffen des Geistes bekämpfen muß und daß eine gute Wirtschaftspolitik im Interesse der arbeitenden Klasse besser ist als alle Polizeikräfte der Tsche-

choslowakei samt ihren Pöbeln, Säbeln und Revolvern.

Dem „Venkov“ würde es auch nicht leicht fallen, seine Behauptung, wir schrieben aus kommunistischen und nationalstischen Blättern ab, zu beweisen. Mit den kommunistischen Blättern liegen wir fortwährend im Kampfe und wer aus der deutschnationalistischen Presse der Tschechoslowakei etwas Vernünftiges abschreiben wollte, käme bald in Verlegenheit. Wir haben auch auf unserer Reichstagung, die den Anlaß zu dieser Diskussion gegeben hat, nicht nationalstische Töne angeschlagen, sondern unsere Verfassungsveränderungsbereitschaft bekannntgegeben. Die Sozialdemokratie ist ihrer Natur und Geschichte nach, eine Partei der nationalen Verständigung. Diese ist aber nur möglich, wenn man den Lebensnotwendigkeiten der deutschen arbeitenden Klasse in diesem Lande Rechnung trägt.

Sitzung der Wohnungskommission.

Brag, 18. September. Heute trat die vom Minister für soziale Fürsorge zur Vorbereitung des definitiven Bau- und Wohnungsgesetzes eingesetzte und von den interessierten Ministerien besetzte Wohnungskommission unter Vorsitz des Fürsorgeministers Dr. Czech zur fortgesetzten Beratung zusammen.

Der Fürsorgeminister faßte in kurzer Darlegung die Ergebnisse der bisherigen Arbeiten der Kommission sowie der zuständigen Abteilung des Ministeriums zusammen. Hieraus erstattete Sektionschef Dr. Kubista einen umfassenden Bericht über die von der Kommission beschlossene schriftliche Expertise, deren Ergebnis er in einer zusammenfassenden Darlegung zur Verhandlung stellte. Diese Expertise betraf jene grundlegenden Probleme, deren Lösung der Kommission anheim gegeben ist und deren legislatorische Verarbeitung in den Wirkungsbereich der Kommission fällt. Hierbei kamen sämtliche für das Bau- und Wohnungsproblem in Betracht kommenden wirtschaftlichen, sozialpolitischen, organisatorischen und finanziellen Fragen zur eingehendsten Erörterung.

Der Bericht des Referenten löste eine eingehende Aussprache aus, die sich vorerst der formalen Seite der Kommission gestellten Aufgaben zuwendete. Die meritorische Erörterung wurde einmütig der nächsten Sitzung vorbehalten, um den Kommissionsmitgliedern Gelegenheit zum Studium der ihnen vom Ministerium ausgehändigten Materialien und der darin niedergelegten Stellungnahme der einzelnen Kommissionsmitglieder zu geben. Nach durchgeführter Aussprache sollen dann die in Betracht kommenden grundlegenden Fragen aus dem ganzen Komplex herausgearbeitet und zum Gegenstande der Beratung und Entscheidung der Kommission gemacht werden.

Die nächste Sitzung der Wohnungskommission findet am Donnerstag, den 25. September l. J. statt.

Gelten für Bata die Gesetze der Republik?

Sitzberichts „Expres“ brachte gestern in sensationeller Aufmachung eine Nachricht aus Zlin, daß Bata angeblich 8000 Arbeiter entlassen müsse. Bei dieser Nachricht, die gar nicht der

Wahrheit entspricht, handelt es sich dem Blatt einzig und allein um einen Angriff auf den Fürsorgeminister Genossen Dr. Czech. Nach dem Gesetze dürfen nämlich Frauen in Industriebetrieben am Samstag nur bis 2 Uhr nachmittags beschäftigt sein. Dieses Gesetz wird auch eingehalten, nur die Firma Bata in Zlin machte eine Ausnahme und ließ die Frauen Samstag nachmittags, ja oft bis in die Nacht arbeiten. Als das die anderen Unternehmer der Schuhindustrie erfuhren, verlangten sie, daß auch bei ihnen die Frauen am Samstag nachmittags arbeiten können. Die Gewerkschaftsorganisation der Leder- und Schuharbeiter hat sich mit aller Energie gegen dieses Verlangen gestellt, wobei es herauskam, daß die Firma Bata die gesetzlichen Bestimmungen nicht einhalte und jeden Samstag nachmittags in ihren Fabriken mehr als 3000 Frauen arbeiten läßt. Nachdem dies amtlich ermittelt worden und vom Gewerbeinspektorat in Kremsier bestätigt worden war, hat das Ministerium für soziale Fürsorge der Firma Bata die Frauenarbeit am Samstag nachmittags verboten. Die Firma Bata aber will das Ministerium zur Zurücknahme dieser Verfügung bewegen und hat infolgedessen 500 Arbeiterinnen demonstrativ gekündigt. Auch den anderen wurde mit der Kündigung gedroht und es wurde ihnen gesagt, daran sei der deutsche Sozialdemokrat Dr. Czech schuld, der Bata nicht erlauben wolle, daß in seinem Betrieb die Frauen am Samstag nachmittags arbeiten. Dem Fabrikanten nun, der die Gesetze übertreten hat, kommt das Blatt Sitzberichts zu Hilfe, das zwar jeden Augenblick verschiedene Ministerien angreift, daß sie die Gesetze der Republik nicht einhalten, das aber einen anderen Standpunkt zu haben scheint, wenn es sich um die Wahrung von Gesetzen handelt, die im Interesse der Arbeiter erlassen worden sind. Es ist durchaus nicht notwendig, daß die Frauen in Batas Betrieben am Samstag nachmittags arbeiten, denn Bata kann sich die Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche so einteilen, daß die Arbeitswoche am Samstag mittag beendet sein kann. Herr Bata wird es lernen müssen, daß auch für ihn die Gesetze gelten.

Für die Errichtung einer Pressekammer.

Donnerstag fand im Justizministerium unter Vorsitz des Sektionschefs Dr. Hartmann eine Beratung über den Referentenentwurf zur Gesetzesnovelle betreffend die Errichtung der Pressekammer statt. An den Beratungen nahmen Vertreter des Pressedepartementes des Ministerratspräsidiums und der beteiligten Ministerien sowie Vertreter des Herausgeberverbandes und der Journalistenorganisationen teil. Nach einem Referat des Ministerialrates Dr. Srb wurde eine eingehende Debatte eröffnet, in der man sich allgemein für die Errichtung der Pressekammer aussprach. In einer Spezialdebatte wurden die drei ersten Paragraphen der Novelle durchberaten, die den Zweck der Kammer sowie ihre Mitgliedschaft betreffen. Die Beratungen, zu denen noch weitere Korporationen hinzugezogen werden sollen, werden fortgesetzt.

Die Tote von Nr. 96.

Der kleine, beleibte, spitzbärtige Herr mit der Brille, der sich mit dem kuriosen Namen Bretteser eingetragen und noch für keinen der drei Sanatoriumsärzte entschieden hatte, kam am Morgen des zweiten Tages ins Büro des Direktors.

„Gestatten Sie mir eine Vertrauens- oder Gewissensfrage, Herr Direktor!“

„Bitte gern. Bitte, Platz zu nehmen!“

„Danke! Wieviel Patienten sind hier im Laufe der letzten Jahre gestorben?“

Der Direktor blickte schräg den Gast an, der lässig im Besuchersessel lehnte; er machte keinen günstigen Eindruck, fast einen unheimlichen. Der Mann war aber zweifellos harmlos.

„Keiner“, antwortete der Direktor höflich, immerhin leicht gereizt: „wir erhalten die Gäste, um sie geheilt zu entlassen!“

„Nun ja, natürlich. Immerhin ist gegen den Tod kein Kraut gewachsen!“

„Hier können Sie völlig unbeforgt sein, Herr Bretteser!“

„Das bin ich, nach Ihrer Auskunft!“

„Darf ich Ihnen als Arzt Obermedizinalrat Dr. Hamel vor schlagen?“

„Sehr freundlich. Danke. Noch eine Frage: Wie lange sind Sie Direktor dieses Unternehmens?“

„Sechs Jahre.“

„O, nur sechs Jahre? Dann werde ich es mir doch überlegen!“

In diesem Augenblick klopfte es von außen an die Tür. Eine Angestellte kam, bleich, rasch; sie legte einen Zettel auf den Schreibtisch des Sanatoriumsleiters.

Der Direktor verzerrte sich, zerkrümelte den Zettel und blickte den Besucher mit verkniffenem Gesicht an.

„Eine eilige Maßnahme, — — Ich hoffe, daß Sie überzeugt sind.“

Der kleine, beleibte, spitzbärtige Herr, dessen Augen so kurios beweglich und nicht sehr ehrlich waren, erhob sich.

„Ich werde Ihnen heute abend Bescheid geben, ob ich bleibe.“

Der Direktor eilte auf Zimmer Nr. 96. Obermedizinalrat Dr. Hamel, der erste Arzt des Sanatoriums, war schon vor ihm ins halbdunkle

Zimmer getreten. Eine Schwester stand innen an der Tür.

„Tatsächlich — tot?“ fragt der Direktor mühsam, erregt vor unerklärlichem Jörn.

„Ja, tot.“

Der Jörn des Direktors wirkte peinlich, unangebracht, gekünstelt. Es war nicht nur Jörn auf die junge Frau, die am zweiten Tage ihrer Anwesenheit im Sanatorium zu sterben gewagt hatte — der erste Todesfall in den sechs Jahren — nein, gleichzeitig Jörn auf den ärgerlichen Fragesteller, der das Thema mit seinem vor-eiligen, peinlichen Fragen aktuell machte.

Der Chefarzt stand mit verschrankten Armen an der Leiche. Direktor Stolpen blickte schräg zu ihm.

„Herzschlag?“

„Herzschlag!“

Der Arzt beugte sich noch einmal über den leblosen Körper. Er tastete, rief nach Licht, maß mit einem Instrument, verlangte plötzlich, sinnlos erregt, eine Lampe, und nach Ewigkeiten sprach er gepreßt mit verzerrtem Gesicht, zum Sanatoriumsleiter:

„Verbrechen! Die Frau ist ermordet!“

„Was sagen Sie?“

„Stich ins Herz mit raffiniertem Instrument: die Wunde ist kaum wahrzunehmen. Eine tolle Sache.“

„Polizei?“

„Ja, es wird immer böser. Lassen Sie die Polizei kommen. Bitten Sie um schonende Maßnahmen, im Interesse der übrigen Patienten und des Rufes des Sanatoriums.“

Der Direktor wußte das alles selber und ging mit verkniffenem Gesicht, um alles Nötige selbst am Telefon zu veranlassen. Der sinnlose Jörn auf den kleinen, spitzbärtigen Herrn, der im Grund unschuldig an dem Vorfalle war, stieg, und erst im letzten Augenblick entschloß sich Direktor Stolpen, dem Herrn, der ihn auf der Treppe begegnete und der ihn zuerst grüßte, den Gruß zu erwidern.

Die Beamten arbeiteten allein im Zimmer Nr. 96. Es war ein großes Doppelzimmer, das sonst von zwei Personen, meist einem Ehepaar, bewohnt wurde; es hatte eigenes Bad mit allen sanitären Einrichtungen, kleinen Vorraum, Balkon usw. Die Untersuchung aller dieser Räume nahm geraume Zeit in Anspruch. Nach Ewig-

keiten kam Direktor Stolpen zur Vernehmung. Der Arbeit der Kriminalbeamten hatte er nicht beivohnen dürfen.

Der Direktor mußte nicht viel über die Verstorbenen. Sie hatte sich telephonisch im Sanatorium angemeldet und war daraufhin vom Sanatoriumsamt am Bahnhof der nächsten Stadt abgeholt worden. Sie war sogleich auf Zimmer Nr. 96 gekommen und hatte das Zimmer noch nicht verlassen.

Ob sie selbst telephoniert habe, fragte einer der Beamten. Das wußte der Direktor nicht mehr. Ob sie mit jemand zusammen gekommen sei?

„Ja, mit einem Herrn, der sich einen Tag vorher schriftlich angemeldet hatte; ebenfalls ein neuer Gast, der uns bisher nicht bekannt war. Durch ihn ist erst der ganze Kerger hervorgerufen.“

„Wieso? Was ist mit diesem Herrn?“

Der Direktor lächelte hilflos. Es sei nichts. Kein Ein vorzüglicher Ausdruck in der begreiflichen Erregtheit. Natürlich habe der Herr mit dem Mord nichts zu tun. Er fragte am Tage nach seiner Ankunft nur argwöhnisch, fast in der Minute des Mordes, ob hier schon einmal jemand entkräftet vermerkt wurde, kam die Nachricht von dem Tode der Frau.

„Um“, machten die Beamten.

„Wie heißt der Herr?“ fragte einer.

„Bretteser!“

„Bretteser?“

Der Direktor versicherte eifrig, beflissen, um dem Herrn Bretteser nicht unnötige Verlegenheiten zu bereiten (Gast war Gast!) den Beamten: „Ein sehr ruhiger, aber harmloser Herr; leidet an fixen Ideen, daß in Sanatorien die Leute sterben, während in Wahrheit natürlich jeder, oder wenigstens fast jeder — bei uns nahezu 95 Prozent — gefunden —“

„Ich möchte den Herrn Bretteser kennen lernen, forderte der Kriminalinspektor.“

„Darf ich darum bitten — — die Ungelegenheiten —“

„Es ist nötig, Herr Direktor.“

In diesem Augenblick wurde der Direktor dringend zu sprechen gewünscht. Von wem? Von Herrn Bretteser, der unbedingt abreisen wollte. Herr Bretteser stehe draußen, sei aufgeregt, habe

schreckliche Augen — ein furchtbarer Mann in diesem Augenblick.“

„Bitte — forderte der Kriminalinspektor.“

„Ich lasse Herrn Bretteser bitten“, rief der Direktor.

Der kleine beleibte, spitzbärtige Herr ersahen. Für den Bruchteil einer Sekunde schien er betroffen, daß der Direktor nicht allein im Zimmer saß, dann nach zögernden Schritten durchs Zimmer, trat er zum Schreibtisch und schrie: „Ich ziehe aus; unerhört, eben höre ich; ein Todesfall! Das schelte mir! Danke! Sie haben die Unwahrheit gesagt! Ich reise sofort. Bitte, ein Auto und die Rechnung —“

„Darf ich um Ihre Legitimation bitten“, sprach der Kriminalinspektor.

„Legitimation? Ich? Von mir? Wieso?“

Der Direktor ärgerte sich über den Beamten. Was sollte dieser schrullige Gast bei Aufklärung des Falles nützen?

„Es ist alles schon dagewesen“, zwinkerte der Beamte.

„Also bitte, Herr Bretteser!“

„Wer sind Sie?“

Die Beamten legitimierten sich.

„Ach so. Na schön. Warum denn nicht. Wenn es Ihnen Spaß macht. Bitte.“

Er griff in die Brusttasche, nahm eine Brief-tasche heraus, barg sie sogleich hastig wieder in die Tasche und entnahm aus der Westentasche einen zerkrümelten Briefumschlag mit der Adresse: „Herr Bretteser.“

„Ihre Brieftasche bitte.“

„Wozu? Bin ich ein Verbrecher? Was fällt Ihnen ein?“

Die Beamten nahmen die Tasche mit Anwendung von Gewalt. Der kleine, beleibte Herr wehrte sich.

„Sie haben erstaunliche Kräfte. Ihnen ist alles zuzutrauen“, sprach der Inspektor ironisch. „Uebrigens heißen Sie gar nicht Bretteser.“

„Meine Sache.“

Der Widerstand des sonderbaren Herrn wurde durch vereintes Handeln gebrochen. Die Beamten nahmen ihn mit; im geschlossenen Auto. Nach drei Tagen war er überführt, die Verwandte zur Erlangung eines ansehnlichen Vermögens ermordet zu haben.

Zehn Jahre Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale.

Zehn Jahre Bestand feiert in dieser Woche die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale! Als nach dem unseligen Weltkriege im Jahre 1920 der erste Kongress des Wiederaufbaues in Luzern abgehalten wurde, da wußte man wohl, daß eine neue Ära auch im proletarischen Sport seinen Anfang nehmen wird, daß Sportler aller Länder, Arbeiter verschiedener Nationen die Hand sich reichen zum großen Bunde der Solidarität und daß die so vielerorts angebahnte und durch den Weltkrieg vernichtete Gründung der Arbeiter-Sport-Internationale im Jahre 1918 wieder aufleben, neue Kraft und neuen Aufstieg bringen wird.

Nun sind zehn Jahre seit dem internationalen Wiederaufbaukongress 1920 in Luzern vorübergezogen. Jahre des Kampfes, der Entbehrungen und schwerer Arbeit, alles das mußte ertragen werden, um das gesteckte Ziel, die Zusammenfassung aller proletarischen und sozialistisch eingestellten Sportorganisationen der verschiedensten Länder und Nationen zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Luzern war und ist der Wegweiser geblieben. Als damals vor zehn Jahren die Delegierten aus Deutschland, England, Belgien, Finnland, Frankreich, Schweiz und Tschechoslowakei (Prag) zum ersten Kongress zusammentraten, waren sie alle von dem gleichen Willen zum Erfolg befeuert, von dem Bestreben geleitet, die in der ganzen Welt zerstreute Arbeitersportjugend zu vereinen und ein Erziehungswerk, eine neue Macht, zu schaffen, die berufen ist, Mittel zur Erreichung eines besseren Daseins, Gesundheit in Arbeit und Frieden zu finden. Das neue Werk, das 1920 mit sieben Landesverbänden und rund 400.000 Mitgliedern aufgebaut wurde, hat seine Früchte getragen; heute zählt die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale 25 Verbände mit nahezu zwei Millionen Mitgliedern. Welch herrlichen Aufstieg hat die Grundsteinlegung in Luzern besahnt! In einem Jahrzehnt wuchs die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale zu einer achtunggebietenden Welt-Kulturorganisation heran. Wenn in diesen Tagen die SA.S.I. in ihrer Geburtsstadt Rückschau halten wird über die von ihr geleistete Arbeit, dann wird sie mit Freude und Stolz feststellen, daß das große Ziel — die Internationale der sozialistischen Arbeitersportler — begeistertem Anklang gefunden und einen herrlichen Aufstieg gebracht hat. Daran kann auch die Tatsache, daß die kommunistischen Sportler eine eigene Internationale gründeten und in verschiedenen Ländern die Verbände spalteten, nichts ändern. Die Kommunisten, die den Sport nur als Deckmantel zu Anpöbelungen politisch Andersdenkender benutzen und die sozialdemokratisch geführten Arbeitersportler und deren Internationale in allen Tonarten beschimpfen und befehen, sie können und müssen heute feststellen, daß sie nicht imstande waren, das Werk der wahren Einheit zu schwächen oder aufzuhalten.

Am 20. und 21. September tritt in Luzern das Internationale Büro der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale zu einer Festigung zusammen. Keine Festigung aber im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern eine der Arbeit für die Zukunft, für den weiteren Aufbau. Männer der Arbeit kommen wiederum zusammen und feiern das Fest des zehnjährigen Bestandes der SA.S.I. durch neue Arbeit, die die Aufgaben für die nächsten zehn Jahre festlegen wird. Nur eine kleine, aber desto inhaltreichere Festschrift, die Genosse C. Gellert (Leipzig) im Auftrage des Internationalen Büros zusammengestellt hat, legt Zeugnis ab von dem Wirken der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale.

Staatsrechnungsabluß 1929.

Interessante Details.

Das Oberste Rechnungskontrollamt hat der Nationalversammlung den Rechnungsbericht für das abgelaufene Verwaltungsjahr zur Genehmigung vorgelegt. Die staatliche Gebarung schließt gegenüber dem Voranschlag mit einem Plus von 1012 Millionen ab, das ist um 977 Millionen mehr als präliminiert war. Die Staatseinnahmen betragen ungefähr 1200 Millionen mehr als im Voranschlag vorgesehen war. Zu diesen Ziffern ist zu bemerken, daß die höhere Einnahme resultiert aus den indirekten Steuern und Verbrauchssteuern, namentlich aus dem größeren Ertrag der Umsatzsteuer, der Zölle, der Gebühren und Verbrauchssteuer. Interessant ist eine Statistik, die dem Bericht beigegeben ist. Danach wurden durch die Steuern 59,6 Prozent der Staatsausgaben gedeckt; von dieser Summe entfallen 13,46 Prozent auf die direkten Steuern, 19,23 Prozent auf die Verbrauchssteuern und 26,37 Prozent auf Umsatz-, Kohlen- und die übrigen Handelssteuern. Von den direkten Steuern deckte die Einkommensteuer 10,64 Prozent, während die Erwerbsteuern, Grundsteuern, Hauszins- und Hauskassensteuern, Renten und Lantiensteuern nur 2,82 Prozent deckten. Die Einkommensteuer war im Voranschlag mit 1050 Millionen präliminiert, eingezahlt wurden 1430 Millionen. Dagegen war die allgemeine Erwerbsteuer mit 175 Millionen präliminiert, eingezahlt wurden ganze 48, die besondere Erwerbsteuer für Kapitalunternehmungen war präliminiert mit 221 Millionen, eingezahlt wurden fast 88 Millionen. Die Grundsteuer war präliminiert mit 83 Millionen, eingezahlt

Gründung der Arbeiter-Radiointernationale auf der Prager Konferenz.

Der Internationale Arbeiter-Radiokongress in Prag beendete in seiner gefrigen Schlusstagung zunächst die Debatte über das Referat des Genossen Pahal. („Die Dienstbarmachung des Rundfunks für die Arbeiterschaft.“) Ueber Antrag der reichsdeutschen Delegation beschloß der Kongress sodann, die Gründung einer internationalen Kurzwellen-Union mit den dazu gehörigen Ländergruppen vorzubereiten.

Sodann wählte der Kongress zum Vorsitzenden der Arbeiter-Radiointernationale den Genossen Jelenka aus Wien, sprach einstimmig dem bisherigen Geschäftsführer Genossen Novotny für die von ihm geleistete internationale Arbeit Dank und Anerkennung aus und beschloß im Hinblick darauf, daß in der internationalen Arbeiter-Radiobewegung die holländischen Genossen weitans an erster Stelle stehen, das internationale Sekretariat nach Holland zu verlegen. Zum internationalen Sekretär wurde der Geschäftsführer und Programmleiter des holländischen Arbeiter-Radiobundes, Genosse G. R. Iwertbroef gewählt. Die angeschlossenen Organisationen wählten je einen Vertreter und je einen Stellvertreter in die Exekutive. Den Freien Radiobund in der Tschechoslowakei vertritt dort Genosse Goldschmidt.

Den Abschluß der Tagung bildete nach Annahme eines österreichischen Antrages über internationale Programmgestaltung und ein internationales Programmkomitee ein lehrreiches und geistvolles Referat des Genossen Josef Luitpold Stern-Wien, über „Krieg, Proleta-

wurden 51 Millionen. Die indirekten Steuern weisen durchwegs höhere Eingänge auf als der Voranschlag ausgewiesen hat. Die Verbrauchssteuern stiegen im Eingang um 118 Millionen, die Handelssteuern um 119 Millionen.

Aus diesen Gegenüberstellungen, die selbstverständlich noch beliebig ergänzt werden könnten, ist ersichtlich, daß zum großen Teil die Last der Staatsausgaben getragen wird von den aktiven Eingängen aus den indirekten Steuern. Das Wesen der indirekten Steuer hat etwas unsozial an sich, denn die indirekte Steuer lastet nicht etwa in verstärktem Ausmaß auf dem Besitzenden, sondern muß von jedem gleichertweise getragen werden. Die indirekte Steuer erfährt nicht etwa stufenweise erhöhtes Einkommen, sondern einen bestimmten Wirtschaftsvorgang und lastet bei unserem heutigen System hauptsächlich auf dem allgemeinen Verbrauch. Kohlensteuer, Getränkesteuer, Zuckersteuer, Umsatzsteuer und dergleichen werden zum größten Teil von der großen Masse des arbeitenden Volkes als dem größten Konsumenten getragen. Interessant ist auch, daß die Einkommensteuer, die zu einem erheblichen Teil Arbeiter und Angestellte zahlen, gegenüber dem Voranschlag ein ganz bedeutendes Plus aufweist, während die reinen Kapitalsteuern hinter den präliminierten Summen ganz bedeutend zurückbleiben. Finanzminister Englis hat nach Schaffung der Steuerreform von einer Hebung der Steuermoral gesprochen: wir können davon nicht das geringste bemerken. Und der Bericht des Rechnungskontrollamtes ist für unser Steuersystem niederschmetternd.

Eine weitere Besonderheit unserer Staatsgebarung ist die jährliche Ueberschreitung des Voranschlages durch das Verteidigungsministerium. Im Jahre 1929 hat die diesbezügliche Summe ganze 61 Millionen betragen. Nach dem Berichte des Obersten Rechnungskontrollamtes wurde das Nationalverteidigungsministerium wiederholt auf die Ungeheuerlichkeit dieser Ueberschreitung aufmerksam gemacht. An Naturalien wurden um 47 Millionen, für Flugwesen um 12,5 Millionen, für Reise- und Transportauslagen um 13,7 Millionen mehr ausgegeben, denen dann Ersparnisse von etwa 11 Millionen gegenüberstehen. Das Verteidigungsministerium hat trotz der Weisungen und Bemerkungen der Obersten Rechnungskontrollbehörde keinen der im § 7 des Gesetzes Nr. 175 ex 1919 angeordneten Schritte unternommen, um die Ueberschreitungen einer parlamentarischen Genehmigung zuzuführen. Darin ist verfassungsrechtlich eine doppelte Gesetzwidrigkeit zu erblicken. Der Voranschlag des Nationalverteidigungsministeriums ist nicht nur durch das Finanzgesetz vom 22. November 1928 (Staatsvoranschlag 1929), sondern auch durch das Gesetz über den Rüstungsfonds an gewisse Grenzen gebunden. Diese Grenzen werden vom Nationalverteidigungsministerium Jahr für Jahr bewußt überschritten. Um eine Ausrede durch Ueberschreitungen zu finden, präliminiert der Voranschlag Jahr für Jahr die Naturalausgaben für Mannschaft so niedrig, daß sie trotz der gewiß nicht fürstlichen Verpflegung und Löhnung der Mannschaften überschritten werden müssen. Dafür werden andererseits die Posten für unproduktive Ausgaben, Materialaufwand, Geschütze, Autos usw., genügend hoch präliminiert. Mit diesem Mißbrauch sollte endlich einmal aufgeräumt werden. Es geht nicht an, daß sich sämtliche Reffors an den Voranschlag halten und daß lediglich das Nationalverteidigungsministerium tut, was ihm einfällt. Der budgetmäßige Aufwand ist nun einmal durch das Finanzgesetz und das Gesetz über den Rüstungs-

viat und Radio“. Die Konferenz diskutierte dann die in dem sehr beifällig aufgenommenen Referat aufgestellten Richtlinien und beschloß dazu folgende Resolution:

1. Die arbeitenden Massen aller Länder dürfen sich durch den in Friedenszeiten wissenschaftlich und künstlerisch klingenden Inhalt der Groß-Sender nicht täuschen, das am Tage des Ausbruchs eines Krieges der Rundfunk ein Instrument des Krieges selbst wird.
2. Mit dem Ausbruch des Krieges wird der Rundfunk ein Teil der Kriegsführung, wird von den Kriegsverwaltungsbürokraten besetzt und hat neben strategischen Aufgaben vor allem den Zweck der geistigen Mobilisierung der Massen, also der Zerstörung des proletarischen Klassenbewußtseins und der Erzeugung nationalstischer Ideengänge zu dienen.
3. Es ist Pflicht der Internationale der Arbeiter-Radiobünde, schon jetzt, d. h. rechtzeitig genug die Arbeiterorganisationen auf diese künftige Rolle des Rundfunks in Kriegszeiten aufmerksam zu machen.
4. Die Arbeiter-Radiobünde erklären heute feierlich, mit allen der Wissenschaft zur Verfügung stehenden Mitteln diesen Mißbrauch des Rundfunks leidenschaftlich zu bekämpfen.

Der Kongress wurde dann mit einem Schlußwort des Vorsitzenden Genossen Jelenka geschlossen.

Für den Freien Radiobund in der Tschechoslowakei nahmen an dem Kongress die Genossen Goldschmidt, Hellmich, Paul und Rühl teil.

fonds mit 1715 Millionen gewiß nicht allzu niedrig festgelegt und das Nationalverteidigungsministerium wird sich einmal daran gewöhnen müssen, mit dieser Zahl zu rechnen. Jede Ueberschreitung des Budgets ohne nachträgliche Genehmigung durch das Parlament und Befolgung des § 7 des Gesetzes Nr. 175 ex 1919 ist eine Gesetzeswidrigkeit, für die verfassungsgemäß der Minister verantwortlich ist. Es wird an der Zeit sein, einmal auch den Nationalverteidigungsminister vor Augen zu halten, welche Verantwortung er durch diese Mißachtungen auf sich legt und welche Strafanktionen das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit darauf setzt.

Eine vernünftige Sprachenentscheidung des Justizministeriums.

Durch eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes war seit langem festgestellt, daß die sprachlichen Minderheitsrechte auch Ausländern zukommen, daß z. B. ein Reichsdeutscher bei Behörden und Gerichten deutsche Eingaben überreichen darf. Dieses Erkenntnis des Verwaltungsgerichtes wurde aber vom Obersten Gericht in Brünn beständig sabotiert. Das Oberste Gericht hat alle Rechtsmittel, die von Ausländern in deutscher Sprache überreicht wurden, zurückgewiesen und wenn das Justizministerium diese Entscheidung in der Sprachenfrage, die nach dem Sprachengesetz keine Justiz, sondern eine Verwaltungsangelegenheit ist, aufhob, so hat sich das Oberste Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß es mit seiner vorangegangenen abweislichen Entscheidung die Sache rechtskräftig erledigt habe und daher den Fall nicht weiter behandeln werde. Nunmehr hat in einem konkreten Fall das Justizministerium als Aufsichtsbehörde entschieden, daß das Oberste Gericht verpflichtet ist, die von einer reichsdeutschen Partei überreichte deutsche Eingabe entgegenzunehmen und meritorisch zu erledigen. Das Justizministerium hat dabei den einzig richtigen Standpunkt vertreten, daß durch die vom Obersten Gericht ausgesprochene Zurückweisung aus sprachlichen Gründen die Sache selbst nicht erledigt worden ist. Nach der Entscheidung über die Sprachenfrage, die dem Ministerium als oberster Justizverwaltungsbehörde zusteht, und die zugunsten des Minderheitsrechtes der Ausländer gefallen ist, muß das Oberste Gericht nunmehr auf Grund der deutschen Eingabe in der Sache selbst entscheiden. Dieser Streit zwischen Oberstem Gericht und Justizministerium ist schon sehr alten Datums. Herr Mahr-Harting hat drei Jahre lang nicht den Mut gefunden, das Oberste Gericht in seine gesetzlichen Schranken zu verweisen. Es mußte erst ein tschechischer Justizminister, allerdings ein Sozialdemokrat, kommen, um hier Ordnung zu machen.

Rationale Agitation an Mittelschulen

Der Bund der Deutschen in Böhmen verendet in diesen Tagen an die Direktoren der deutschen Mittelschulen Zirkulare, in welchen er die Zustellung von Lesescheinen mit einem Propagandalekt des Bundes ankündigt und die Direktoren ersucht, diese Lesescheine kostenlos an die Schüler verteilen zu lassen. Dabei rechnet er darauf, daß die Schüler dafür freiwillige Spenden für Bundeszwecke leisten.

Daß der Bund der Deutschen eine unpolitische oder unparteiische Organisation ist, glaubt heute kein Mensch mehr. Es wäre daher inter-

An alle Organisationen!

Ein Mann namens Karl Schweiger aus Wien, der vorgibt, eine Studienreise durch Europa zu machen, versucht bei den Vertrauensleuten unserer Organisationen Auskünfte über innere Einrichtungen, Stärke der Organisationen usw. zu erlangen. Wir fordern unsere Genossen auf, Karl Schweiger, der sich nicht einmal über seine Parteizugehörigkeit auszuweisen vermag, keinen Einblick in Organisationseinrichtungen zu gewähren und keine Auskünfte über Organisationsangelegenheiten zu erteilen.

Das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

effant zu erfahren, was die bürgerlichen Parteien, welche jeden sozialistischen Lehrer oder Mittelschüler mit Haß verfolgen, zu dieser parteipolitischen Propaganda für die Deutschnationalen sagen.

Agarische Erpreßerpolitik.

Im reichsdeutschen „Landarbeiter“ lesen wir: Der dem Reichslandbund zugehörige Landwirtschaftsverband Ostpreußen hat ein Rundschreiben verschickt, das als „vertraulich“ bezeichnet wurde, aber doch seinen Weg in die Arbeiterpresse fand. Bei der Agitation des Landbundes in Ostpreußen spielen die Konkurse eine große Rolle, mit denen die Notlage der Landwirtschaft bewiesen werden soll. Nun werden die Kreisführer in dem Rundschreiben aufgefordert, dafür Propaganda zu machen, daß von den etwa 200.000 landwirtschaftlichen Betrieben Ostpreußens 30.000 mit einem Male zum Konkurs angemeldet werden. Den einzelnen Landwirten sollen vorgedruckte Konkursanträge gegeben, die der Landwirtschaftsverband weiterleiten will. Es wird den Landwirten vorgerechnet, daß sie auf solche Weise pro Morgen rund 20 Mark jährliche Beizehung von Laften erzielen würden. Der Zweck dieses Vorgehens ist, vom Staate noch weitere große Subventionen für den ostpreussischen Großgrundbesitz zu erhalten. Der Landbund schaut sogar nicht vor der verdeckten Drohung zurück, daß man den Ruin der ganzen ostpreussischen Wirtschaft herbeiführen würde, wenn seine Forderungen nicht erfüllt werden. Die arbeitende Bevölkerung hat gewiß volles Verständnis für die Räte der Landwirtschaft, hier wird aber ein Spiel mit der Katastrophe getrieben, das aufs schärfste zurückgewiesen werden muß.

Dabei ist kennzeichnend, daß für die Landwirtschaft Deutschlands niemals so viel öffentliche Gelder flüssig gemacht wurden, wie in den letzten Jahren. So sind im Jahre 1926 allein 140 1/2 Millionen Mark den Agrariern zur Verfügung gestellt worden, wozu 1928 noch die Beträge aus dem landwirtschaftlichen Notprogramm kamen. Inzwischen haben die Zahlen eine erhebliche Steigerung erfahren. Und noch immer ist's den Agrariern zu wenig.

Reichskonferenz des Bergbauangeestellten.

Die am 15. September l. J. in Tepitz-Schönau abgehaltene Konferenz des Reichsverbandes der Bergbau- und Hüttenangeestellten war von 45 Delegierten aus allen angeschlossenen Revieren des Braunkohlen-, Steinkohlen- und Erzbergbaues besucht. Die Wirtschaftsberichte der Reviervertreter lauteten sehr trübe. Auf der gesamten Montanindustrie, hauptsächlich aber auf dem Braunkohlen- und Erzbergbau lastet eine schwere Krise, die ungeachtet der durch die Herbstferien bedingten Verlangsamung der Produktion Dauercharakter zu nehmen scheint. In fast allen Revieren hat der Abbau der Angestellten, der technischen wie kaufmännischen, eingesetzt und in die Reihen der Betroffenen schwere Not und Sorge verpflanzt. Er ist heute noch nicht beendet, die Zahl der abgebauten und hessenslosen Bergbauangeestellten wächst weiterhin an. Rasche staatliche Maßnahmen zur Erhaltung der ausländischen Absatzgebiete Deutschland, Ungarn und Oesterreich, wo die tschechoslowakische Kohle immer mehr zurückgedrängt wird, sofortige Aufhebung der volkswirtschaftlich schädlichen Kohlensteuer erscheinen u. a. notwendig. In den darauf folgenden sozialpolitischen Berichten kamen die Forderungen nach Robellierung des W.G., Einrechnung der nichtversicherten, in den ehemaligen Bruderverbänden verloren gegangenen Dienstjahre, Ausschreibung der Wahlen in die Verwaltungsräte der W.G. und Krankenversicherungsanstalten zum Ausdruck. Die Rechtlosigkeit der Angestellten gegenüber diesen Versicherungsanstalten infolge Unmöglichkeit der Zusammenlegung der Versicherungsgerichte wurde anhand konkreter Fälle kraft ausgedrückt. Ferner wird die unverzügliche parlamentarische Erledigung des Angestelltenchutzgesetzes verlangt, da die Bergbauangeestellten in dienstrechtlichen Fragen ohne irgendwelche gesetzliche Regelung sind. Bezüglich der Organisation der kommenden Krankenversicherung der Privatangestellten in höheren Diensten wurde grundsätzlich die Aufrechterhaltung der Krankenversicherung der Bergbauangeestellten im Rahmen der bestehenden Bruderverbände beschlossen, also die Ablehnung des Uebertrittes zu den Prager Krankenversicherungsanstalten, beschlossen. Schließlich gelangten verschiedene innerorganisatorische Fragen zur Beratung. Ein Bericht über den Bau eines Erholungsheimes für Bergbauangestellte und deren Kinder beschloß die arbeitsreiche Tagung.

Grauenhafter Unfall. Aus Wies wird uns gemeldet: Auf eine furchterliche Weise verunglückt ist dieser Tage der Säusler Franz Genuwald in Radlowitz bei Wies während der Arbeit. Der Mann hörte, als er bei der Motordreschmaschine arbeitete, das Alarmzeichen der Feuerwehrröhre, mit welchem ein Hornist die Feuerwehr des Ortes zusammenrief, weil in dem Nachbarort Wetta ein Feuer zum Ausbruch gekommen war. Genuwald ist Feuerwehrhauptmann in Radlowitz; er sprang bei dem Hornsignal von einem Getreidebalken neben der Dreschmaschine herab, jedoch so unglücklich, daß er mit den Beinen in die Trommel der Dreschmaschine geriet. Die Trommel zermalnte dem Unglücklichen die Füße vollständig. Genuwald wurde in ein nahegelegenes Sanatorium überführt, aber es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

1500 Arbeitslose verlangen Bettel-Lizenz! Beim Bürgermeister von Raab erschien eine Abordnung von tausendfünfhundert Arbeitslosen, um in ihrem Namen die behördliche Erlaubnis zum Betteln zu verlangen. Der Bürgermeister verweigerte die Bettel-Lizenzen mit der Begründung, daß er so große Massen solcher Scheine nicht ausgeben dürfe. Es ist das bereits der zweite Fall, wo Bürgermeister von Arbeitslosen um Bettel-Lizenzen bestürmt werden; der erste Fall ereignete sich in Podmezővabarhely.

Nachspiel zum Hanussenprozeß.

Vor dem Bezirksgericht in Leitmeritz fand heute die erste Verhandlung in dem Ehrenbeleidigungsprozeß des Berliner Professors Dr. Walther Groener, welcher im Leitmeritzer Hanussenprozeß vom Verteidiger als sachverständiger Zeuge über die heilschöpfenden Fähigkeiten Hanussens geführt worden war, gegen den Gerichtsachverständigen in diesem Prozeß, Universitätsprofessor Dr. Josef Serafsky in Prag, statt. Professor Groener hatte in dem bekannten Prozeß vom 21. Mai als beidseitiger Zeuge über die Experimente über Hanussen ausgesagt und war mit Zustimmung des Vorsitzenden von Serafsky befragt worden, ob über seine Experimente mit Hanussen von Zeugen gefertigte Protokolle vorlägen. Hierauf hatte Professor Groener erklärt, daß solche Protokolle nicht beständen, weil es sich nicht um wissenschaftliche Experimente gehandelt habe. Professor Serafsky erwiderte hierauf, dann wären seine Zeugenaussagen für ihn wertlos, und rief ihm zu: „Das sind nur Märchen für Kinder!“ Wegen dieses Juristens erachteten sich damals die beiden reichsdeutschen Sachverständigen Zeugen Professor Groener und Professor Schröder-Berlin in ihrer Ehre gekränkt und zogen ihre Folgerungen.

Zur heutigen Verhandlung war in Vertretung des Professors Groener Landesgerichtsrat Wahle erschienen; der beflagte Universitätsprofessor Serafsky war persönlich mit seinem Anwalt Dr. Kuntz-Prag anwesend. Der Gerichtsrat Wahle verjügte einen Vergleich zwischen den Parteien herbeizuführen, jedoch mißlang dieser wiederholte Versuch, worauf festgestellt wurde, daß Professor Serafsky bereits bei seiner Gerichtsvernehmung in Prag erklärt habe, daß er nicht die Absicht hatte, den Kläger zu beleidigen, als er den Mangel der Protokolle festgestellt hatte. Auf eine neuerliche Frage des Richters nach einer Möglichkeit eines Vergleiches erklärte sich der Klagsanwalt Obergerrichtsrat Wahle einverstanden, wenn Professor Serafsky eine Erklärung abgibt, daß er keinerlei Zweifel in die ernste wissenschaftliche Betätigung des Professors Groener zu setzen in der Lage sei und daß

sein Anlaß zu irgend einer Beschuldigung in dieser Hinsicht vorliege. Professor Serafsky verblieb jedoch bei seiner Erklärung in der Vorunternehmung, so daß ein Vergleich nicht zustande kam.

Weiter Antrag des Klagsanwaltes wurden sodann die weiteren Gerichtsachverständigen aus dem Hanussenprozeß Professor Dr. Oskar Fischer-Rekelsbach, Professor Simsa sowie die Vorlage von Presseberichten zugelassen, über Antrag des Verteidigers auch der zweite Gerichtsachverständige

Dr. Forster und Staatsanwalt Dabidat. Nachdem von den für die heutige Verhandlung als Zeugen geladenen Mitgliedern des Gerichtshofes aus dem Hanussenprozeß nur die Gerichtsräte Dr. Pollak und Lusk erschienen waren, der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Schalet, sich jedoch zur Zeit auf einer Urlaubsreise in Deutschland befindet, erfolgte die Vertagung der heutigen Verhandlung bei Zulassung sämtlicher Beweisanträge. Die nächste Verhandlung findet am 20. November statt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Arbeitsgerichte und Bergbauchiedsgerichte.

Von Josef Veránel.

In absehbarer Zeit dürfte es zur Bewirkung einer in den letzten Jahren besonders bei den Tagungen der Gewerkschaften oft betonten Forderung kommen, und zwar zur Gesezwendung der Arbeitsgerichte. Es wird demnach auch auf dem seine Arbeiten Sonntag beginnenden Kongresse der gemeinsamen Gewerkschaftszentrale die Gesezwendung der Arbeitsgerichte nicht mehr als eine Forderung der organisierten Arbeiterschaft gestellt, sondern der Kongress wird sich bereits meritorisch mit dem vom Justizministerium ausgearbeiteten und den Interessentengruppen der Arbeitnehmer und der Unternehmer zum Begutachten vorgelegten Gesezwurfe befassen.

Ohne die Bedeutung des Entwurfes zu überschätzen, muß doch festgestellt werden, daß dieser Umkehrung in der Situation ein Reflex des politischen Einflusses der sozialistischen Parteien und deren Teilnahme an der Regierung ist, und daß es auch sowie den Arbeitnehmern als auch der Sache selbst zum Vorteil gereicht, daß das Justizministerium von einem Fachmann verwaltet wird, der binnen seiner langjährigen Praxis besser als jedweder anderer die Möglichkeit hatte, alle Mängel unserer Gerichtspflege in bezug auf die Ansprüche aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnisse kennen zu lernen.

Es soll mit Anerkennung quittiert werden, daß das Justizministerium dem Gesezwurfe über die Arbeitsgerichte große Aufmerksamkeit widmete. Der Entwurf wurde zur Beurteilung nicht nur den Interessentengruppen der Arbeitnehmer und der Unternehmer vorgelegt, sondern auch den Fachcorporationen, und zwar nicht etwa nur aus einem formalen Grunde, sondern mit Rücksicht auf die Sache selbst.

Durch den vom Justizministerium ausgearbeiteten Entwurf des Gesezes über die Gerichtspflege in Stritten aus dem Arbeits-, Dienst- und Lehrverhältnisse — wie der offizielle Titel des Gesezes lauten soll — soll vorwiegend der alten Forderung der Gewerkschaften um die Ausdehnung des Repes der Gewerbegerichte und um die Erneuerung der Arbeitnehmerbeisitzer dieser Gerichte Rechnung getragen werden. Die letzten Wahlen in die Gewerbegerichte fanden im Jahre 1911 statt, seit welcher Zeit manche von den damals gewählten Beisitzern entweder im Kriege gefallen oder sonst gestorben sind oder ihren Borus geändert haben, so daß von den Gewerbegerichten nur Trümmer geblieben sind.

Im Grunde genommen handelt es sich bei den Arbeitsgerichten nicht um irgendwelche soziale Reformen oder um die Gewährung irgendwelchen neuen materiellen Rechtes der Arbeitnehmerschaft, sondern nur um die Erleichterung des Verfahrens bei der Erlangung der den Arbeitnehmern aus den Verträgen oder aus den Bestimmungen anderer schon geltenden Geseze fließenden Rechtsansprüche. Da

die Möglichkeit der Anrufung der Gerechtigkeit in einem Rechtsstaate das primäre Recht eines jeden Bürgers darstellt, muß an der Reform der bisherigen Gewerbegerichte auch der Staat interessiert sein, und schließlich auch die Industrie- und Handelskreise, welche an der Möglichkeit einer möglichst raschen und gerechten Urteilsfällung der sich ergebenden Sozialstritte ein starkes Interesse haben, da es sich hier um die Voraussetzung einer ruhigen und ungestörten Produktion handelt.

Dadurch gedenken wir keinesfalls die Bedeutung des Gesezwurfes über die Arbeitsgerichte für die Arbeitnehmer herabzusetzen, sondern wir wollen bloß feststellen, daß die Gesezwendung der Arbeitsgerichte aus den angeführten Gründen auch für den Staat und die Volkswirtschaft wichtig ist, so daß sich der Entwurf am allerwenigsten dazu eignet, etwa der Gegenstand von irgendwelchen politischen Zuhaber oder der Anstreben von einwigen Kompensationen von den sozialistischen Parteien — wie es bei uns üblich ist — zu werden.

Der vom Justizministerium ausgearbeitete Entwurf des Gesezes über die Errichtung der Arbeitsgerichte vereinfacht die jetzigen, die Lösung der Arbeitsverhältnisstritte behandelnden zerstückelten Rechtsvorschriften, und erleichtert die Agenda der administrativen, resp. Polizeibehörden, welche in bestimmten Fällen über die aus dem Lohnverhältnis entstandenen Stritte bisher selbst entscheiden haben. Diese Nachbesserung der Verwaltungssachen widerspricht jedoch den Bestimmungen der §§ 91—96 der Verfassungsurkunde und ist öfters die Ursache manchen Unrechtes, welches gerade an den sozial Schwächsten, vorwiegend am Dienstpersonal und den Landwirtschaftsarbeitern begangen wird.

In der Slowakei und in Karpathenrußland ist der Umfang von Arbeitnehmerkategorien, welche der administrativen Behandlung unterliegen, noch größer. Durch das Gesez über die Arbeitsgerichte sollen diese verschiedenen gesetzlichen Vorschriften vereinheitlicht werden, wodurch ein weiterer Schritt zur einheitlichen Gestaltung der Rechtsverhältnisse auf dem Gebiete des ganzen Staates getan wäre.

Das Streben, eine möglichst große Einheitlichkeit bei der Prozeßführung in den Stritten aus dem Lohn-, Dienst- oder Lehrverhältnis zu erzielen, von welcher der Ministerialentwurf getragen ist, hat dazu geführt, daß im ursprünglichen Entwurfe sogar daran gedacht wurde, den Arbeitsgerichten auch die Stritte der Arbeitnehmer der Bergbauindustrie zur Urteilsfällung zuzuwenden.

Es hat sich jedoch ergeben, daß dadurch weder den Bergarbeitern noch den Arbeitsgerichten gedient wäre. Der Bergbau besitzt auf Grund der völlig abweichenden Art der Bergarbeit eine selbständige Gesezwendung und äußerst eigenartige Arbeitsverhältnisse, sodaß die Lösung der oft höchst komplizierten Stritte aus dem Arbeitsverhältnis der Bergarbeiter die Arbeitsgerichte stark belasten würde, und zwar zum allseitigen Nachteil.

In der Bergbauindustrie wirken, im ganzen betriebend, bereits seit Jahren die Bergbauchiedsgerichte, deren Organisation auf den Betriebsräten beruht, welche bei den entstandenen Stritten in der Wehrzahl der Fälle die erste und unumgängliche Schiedsstanz bilden. In diese Struktur sind auch die Bergämter mit eingeflochten.

Mit dieser im ganzen bewährten und eingelebten Konstruktion der Gerichtspflege im Bergbau zu rühren wäre unnütze Energieverwendung, was sich nicht gut mit der Tendenz des Entwurfes vereinen ließe, welche die Vereinfachung der Verhältnisse verfolgt. Das Justizministerium sah die Besonderheit der in der Bergbauindustrie herrschenden Verhältnisse ein und trat von seiner ursprünglichen Absicht ab, nach der sich die Machtbefugnis der Arbeitsgerichte auch auf die Bergbauindustrie erstrecken sollte; diese Entscheidung des Justizministeriums wurde von den Bergarbeitern und Bergbauangehörigen mit Befriedigung entgegengenommen.

Dadurch büßen die Arbeitsgerichte keineswegs an Bedeutung ein, sie werden im Gegenteil von einer Last befreit, unter welcher sie wegen der Schwierigkeit und Kompliziertheit der speziellen Bergbauverhältnisse unrettbar nicht wenig gelitten hätten.

Reichners Gesezwurf über die Arbeitsgerichte mit seiner vereinigenden und vereinfachenden Tendenz ist in der heutigen Zeit der sogenannten wissenschaftlichen, Arbeitsführung und in der Zeit einer allgemein empfundenen Überbürdung der Richter als Ganzes ein gutes Werk, und da er auch mit dem öffentlichen Interesse im Einklang steht, kann vorausgesetzt werden, daß der Entwurf in der kürzesten Zeit in ein Gesez umgewandelt wird, womit eine langjährige Forderung der Gewerkschaften zur Erfüllung gebracht wäre.

Der Weelendwanderer.

Von Peter Scher.

In der Böhmischen Schweiz gibt es Felsen, die aus porösem Sandstein hergestellt sind. Diese Felsen sind zerklüftet und haben Vorprünge, die wegen der Ähnlichkeit Kanzeln heißen. Manchmal gleicht eine Felsbildung aber mehr einem Kamelrücken oder einem Totenkopf; dann heißt sie natürlich nicht Kanzel — das ist ja selbstverständlich.

Zwischen zwei solchen Gebirgszügen fließt eine eigentümliche Flüssigkeit, die zum größten Teil aus Wasser besteht. Das übrige setzt sich aus dunklen Farbstoffen zusammen, die durch sinnreiche Vorkehrungen aus den Färbereien der Umgebung hierher geleitet werden. Das Ganze erweckt den Anschein einer schwarz schimmernden Spiegelfläche, aus der die romantischen Felsen und Kanzeln vortreibend im Bilde zurückgeworfen werden, wodurch es geschieht, daß man sie zweifach genießen kann. Auf diesem Spiegel wird man von der unteren Bootstation für ein Trintgeld nach der oberen Bootstation gerudert. Man kann sich aber ebenso gut auch umgekehrt von oben nach unten rudern lassen — der Eindruck bleibt immer wildromantisch. Touristen mit Gymnasialbildung haben dabei den Vorteil, daß sie sich beim Befahren der düsteren Fläche in der Boot jenes alten Mannes versetzt fühlen können, der die abgesehenen Seelen auf den stygischen Gewässern in des Hades schiffte. Aber es lohnt sich auch für Touristen mit einfacher Schulbildung.

In der Nähe der unteren Bootstation traf ich den Herrn vom Rotbuxferdamm in Berlin. Er sah hoch oben auf einer Felsplatte und war wohl in den Anblick der düsteren Flüssigkeit zu seinen Füßen versunken.

Ja, das war er wohl! Von seinem Anblick gesehelt, blieb ich stehen und grüßte ihn. Er war ein junger Mensch von munterem

Wesen. Seine Ausrüstung sagte mir gleich, daß er bestrebt gewesen war, den Bedürfnissen der Zivilisation und den Anforderungen des Romanenlebens zugleich Rechnung zu tragen.

Sein Anzug war vom neuesten Zuschnitt: nur die Kniefalten der Hose hätten etwas schärfer hervortreten können. Seine Füße steckten in braunen Lackschuhen; aus dem linken Rockärmel bleckte ein seidenes Tücheltchen seine rote Spitze. Die übrige Ausrüstung bestand aus einem ungeheuren Rucksack, dessen Inhalt verstreut herumlag, einem Lodencape und einem jener eleganten Biedermeierstöcke, die unterm Knäuel mit einem Kettenchen versehen sind, das man übers Handgelenk streifen kann.

Er sah vor einem Spirituslocher. Ich bemerkte, daß die düstere Flüssigkeit, in deren Anblick er versunken war, in einem Aluminiumtopf brodelt, der auf der Flamme stand. In der Hand hielt er einige Suppenwürfel und vor ihm standen zwei Konservendbüchsen. — Als der Inhalt des Topfes unruhig wurde, zog der junge Mensch aus der Tiefe des Rucksacks noch einen Quirl und einen Topflappen hervor. Damit hantierte er einige Minuten angestrengt herum; dann löschte er die Flamme aus.

Während er aß, kamen wir ins Gespräch. Es zeigte sich, daß er ein junger Mensch war, der ins Leben paßte.

Wir kamen auf die Natur und aufs Wandern zu sprechen. Er war jedem schwärmerischen Ueberchwang abgeneigt und erwähnte die Rize der Gegend mit dem kühlen Respekt eines Mannes, der bewundert, und gleichwohl entschlossen ist, sich selbst in der Böhmischen Schweiz nicht aus der Fassung bringen zu lassen.

Er schwärmte überhaupt nicht — er verlinerte.

„Dolle Jezend!“ sagte er und wies auf das acheronische Gewässer zu unseren Füßen. Das tat mir wohl. Ich hatte die Landschaft zu oft von schwachtenden Ausrufen widerhallen gehört und glaubte bemerkt zu haben, daß ein Echo bei dem Ausruf „entzündend“, bereits den Gegenruf „himmlisch“ zurückwarf.

Es war hohe Zeit, daß einer kam, der nicht hingerissen wurde, sondern „hinsetze und mit gemildeter Begeisterung „dolle Jezend“ sagte. Er war mir recht sympathisch.

Der junge Mensch begann, seine Sachen zusammenzupacken. Dann hochte er den Rucksack auf.

Der Rucksack hatte mich zu Boden gerissen; er hochte ihn lächelnd auf, knickte nur beim ersten Anprall leicht in die Knie.

Der Biedermeierstock baumelte an seinem Handgelenk; das Tücheltchen in seinem Armeel funkelte in der Mittagssonne.

Wir gingen los.

Ich hing nun vorwiegend an, ihn über die wichtigsten Lebenswürdigkeiten der Gegend zu examinieren. Es zeigte sich, daß er alle bedeutenden Punkte glatt erledigt hatte — bis auf die „Enge Stiege“.

„Wie?“ rief ich erschrocken. „Sie haben die „Enge Stiege“ nicht gesehen — ist das Ihr Ernst?“

„Nanu“, sagte er. „Fall'n Sie man nich in die Fletschspalte!“

Aber ich ließ mich nicht loden. Ich fühlte moralische Pflicht, ihm vor Augen zu führen, daß er unmöglich aus der Böhmischen Schweiz nach Berlin zurückkommen könne, ohne die „Enge Stiege“ besichtigt zu haben.

Er stutzte und fragte, wie weit die Sehewürdigkeit abseits liege.

Ich sagte: „Fünfzig Minuten zurück, Sie müssen unbedingt hin!“

„Zurück?“, sagte er. „nee — is nich!“

Ich wurde dringlicher.

„Herr!“ rief ich, „die Enge Stiege“ ist ein Naturwunder!“

Er zuckte die Achseln.

Ich fuhr fort: „Fünfhundert — sechshundert — tausend Stufen geht's hoch zwischen Felsen. Aus Amerika kommen die Leute!“

„Ausgeschlossen!“ sagte er mit eiserner Ruhe. „Zurück is nich. In drei Stunden muß ich in Schandau sein. Es wird Zeit.“

Er sah auf die Uhr und ging schärfet zu.

Ich umtanzte ihn wie ein heulender Derwisch und nahm alle Kraft zusammen, um ihm die Reize der „Enge Stiege“ noch feuriger zu malen.

„Herr — Sie wissen nicht, was Sie tun! Stellen sie sich doch nur vor: zwölftundert Stufen! Und diese Passage so eng, daß korpulente Personen stecken bleiben! In der vorigen Woche war eine starke Dame aus New York oben; in der Mitte sah sie plötzlich fest; sie konnte erst am anderen Nachmittag mit dem Hebeltran flottgemacht werden. Wenn Sie das gesehen hätten! Das kommt dort alle Tage vor.“

Er schwankte nun doch; ich merkte es ihm deutlich an und triumphierte schon. Aber da gab er sich einen Ruck und sagte: „Nee — nee — is nich! Ich hab mir's vorjennom — zurück auf keinen Fall!“

Ich erniedrigte mich bis zum Betteln: „Bedenken Sie Ihr Renommee zu Hause! Man wird Sie auslachen! Wie wollen Sie Ihren Eltern in die Augen sehen! Ihre Braut wird sich von Ihnen wenden!“

Da wurde er wütend: „Mann!“ heulte er, „Sie kriegen wohl Prozente!“

Ich kehrte mich beleidigt ab. „Das ist der Dank!“ sagte ich dumpf.

„Zewiß doch“, sagte er begütigend. „Ihre Stiege mag ja doll jenug sein, aba verstehen Sie doch nur: Ich reise doch nur zur Erholung.“ Dabei war sein Gesicht vor Anstrengung blaurot. Es fiel ihm schwer, der Last des Rucksacks standzuhalten.

„Ach so“, sagte ich besänftigt. „Sie reisen zur Erholung... o, warum haben Sie denn das nicht gleich gesagt?“

Er wischte sich den Schweiß von der Stirn. „Nu aber los!“ ächzte er und reichte mir hastig die Hand. — Wir schieden als Freund und unter Versicherungen gegenseitiger Hochachtung. Er marschierte, daß die Erde unter seinen Sohlen sprühte, in der Ferne hörte ich ihn singen: „Wenn Gott will rechte Lust erweisen...“ — Ich denke mit Vergnügen an ihn. Er war ein junger Mensch von Energie.

Kindersfreunde Prag.

Samstag nachmittag Geländespiel im Park von Stern. — Treffpunkt 3 Uhr bei der Endstation der 1er und 2er. — Nachzügler treffen uns am Stern.

Wer ist der Erfinder der Stednadel?

Nametoje Genies.

Mit den Erfindern der kleinen Dinge, die im täglichen Leben eine so große Rolle spielen, geht es uns, wie mit den Verfassern der Volkslieder. Ihr Name ist verloren gegangen, es scheint, als ob die Dinge mehr aus sich selbst wurden, als ob sie immer die Alltäglichkeit gewesen sind, die sie heute für uns bedeuten. Und doch mußte einmal jemand als erster auf diesen Gedanken verfallen sein. Dabei sind diese kleinen Dinge oft wichtiger und unentbehrlicher, als jene großen Erfindungen, von denen wir so ruhmreiche Geschichten erzählen.

Was würden wir z. B. anfangen ohne die Stednadel, die sicher seit ihrer Erfindung in Milliarden und Billionen Exemplaren die ganze zivilisierte Welt bevölkert, die bis in die fernsten, unentbehrlichsten Gebiete vorgedrungen ist, und die uns heute völlig unentbehrlich geworden ist. Vergleichen durchblättern wir die sonst so aufschlußreichen Lexika und Handwörterbücher, keines erzählt von der Stednadel und ihrer Geschichte. Wir wissen kaum, wann sie eigentlich aufgetaucht ist, Nadeln in irgendeiner Form zum Anheften und Festhalten der Gewänder kennen wir schon, solange die Geschichte der Menschheit uns überliefert ist. Selbst bei den primitivsten Völkern, bei den Eskimos im hohen Norden, bei den Negern im australischen Busch, fanden wir schon Nadeln, bald aus Fischgräten, bald aus Knochenstücken gefertigt. Aber die Stednadel ist die geniale Erfindung auf diesem Gebiet, die in ihrer Einfachheit nicht mehr überboten werden kann, die alle Konkurrenz aus dem Felde schlug und einzig und allein die Varianten nicht mehr oder minder runden Köpfe gelten läßt.

Und dann die gekrümmte Schwester, die zweifelhafte Haarnadel. Sie ist heute durch die kurzen Haare entbunden, aber einst beherrschte auch sie unumwunden wenigstens die Hälfte der Menschheit, die Frauen. Auch ihre Geschichte geht bis in die Anfänge der menschlichen Geschichte zurück. Haarnadeln gab's im alten Rom, wie in Athen, bei den Ägyptern, wie in der Jahrtausende alten Kultur der Chinesen. Und wieder hat sich aus all' diesen verschiedenartigen Verbindungen zur Lösung des Problems die schlichteste und einfachste Form herauskristallisiert.

Unendlich ist das Gebiet dieser Kleinigkeit, bei denen der Gedanke der Erfindung gar nicht mehr bewußt wird, bei denen wir aber doch bei genauer Forschung, gerade das Wesentliche der Erfindung, nämlich die allmähliche Entwicklung, erkennen können. Wer mag wohl den ersten Knopf erdacht haben, ohne der heute unsere ganze Mode, unsere gesamten Bekleidungsgehecke unmöglich wären. Denn

dieser Knopf ist gewissermaßen ein Grundstein der technischen Kultur, oder gibt es jemand, der sich dieses technische Zeitalter denken könnte, in dem die Menschen mit der wackelnden Zage, in Leder oder Felle eingeschlagen, umherliefen, um im Räderwerk der Maschinen hängen zu bleiben.

Dabei erleben wir eigentlich fast täglich die Entstehung einer solchen neuen Erfindung mit. Sie taucht auf, ohne daß großes Aufsehen davon gemacht wird, zuerst beseht man sie ein wenig misstrauisch, dann bewährt sie sich in der Praxis und ehe man noch lange darüber nachgedacht hat, hat sie so weite Gebiete erobert, daß sie inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Wir brauchen nur an den Reißverschluss zu erinnern, der heute keine Herrschaft immer mehr ausdehnt und vielleicht in wenigen Jahren schon unumschränkter Herrscher auf allen Gebieten des Verschlußes im täglichen Leben geworden sein wird. Auch dann wird man wieder vergeblich fragen, wo ist der Erfinder, wer hat ihn zuerst konstruiert. Heute schlummern ja irgendwo die Alten, aber ob sie dann noch jemand aufzufinden vermag, das ist eine zweite große Frage. Aber mit all diesen Kleinigkeiten, die so unscheinbar sind und so unbedeutend ihr Dasein führen, mit der Stednadel, wie mit dem Streichholz, mit dem geradezu genial erdachten Verschluß unserer Bierflaschen, mit dem Gummi-Abfah, wie mit dem Reißverschluss, ist sehr viel Geld verdient worden. P. B.

Kunst und Wissen.

Verdis Oper „Ein Maskenball“ wurde vorgestern im Deutschen Theater in teilweiser Neu-Besetzung wieder aufgeführt. Dirigent des im allgemeinen glücklichen Opernabends war Kapellmeister Hans Georg Schick, der vor allem die Ensembles mit feiner Hand zusammenhielt. In der Dymant wird er aber künftig mehr Mäßigung zeigen, dagegen eher den Rhythmus noch mehr hervorheben müssen. Die Amalia sang zum erstenmal Fr. Hofe Werker. Sie erwies sich dieser schwierigen Partie gegenüber als Künstlerin ganz großen Formates (trotz unreiner Intonation, die leicht abzuweichen ist): In der vollkommenen Beherrschung und Auktor ihrer großen und schönen, Wohlklang und Kraft in sich tragenden Stimme, in der ausdrucksvollen, dramatisch bewegten Gestaltung der Rolle und in der Stillsicherheit und musikalischen Festigkeit bei der Bewältigung ihrer Aufgabe. Ohne Zweifel eine ehrgeizige und reichbegabte Sängerin, von deren Tätigkeit viel Gutes für unser Theater zu erhoffen ist. Den Pagen Lator sang für das erkrankte Fr. Melan die neue erste Aoloraturfängerin Fr. Irene Koltan in ungarischer Sprache; hinsichtlich der Aoloraturen mit selbstverständlicher technischer Fertigkeit, hinsichtlich des Stimmtones selbst aber auffallend flach und farblos. Dagens stimmlich und darstellerisch nobler René, Dresdeners stimmträufiger Richard und Ada Schwarz' Ulrike sind von früher her bekannt; in der kleinen Rolle des Matrosen Sibaun fiel die schöne Baritonstimme des Herrn Schüb' angenehm auf. Unter Besuch und Beifallsfreudigkeit des Publikums kennzeichneten das äußere Bild dieses Opernabends. E. J.

Vereinigung der Prager deutschen Theater- und Musikfreunden. Die konstituierende Versammlung fand am 12. d. M. statt. In die Vereinsleitung wurden gewählt: Obmann: Dr. Viktor Popper, Obmannstellvertreter und Kassier: Edwin Janeschek, Schriftführer: Leo Schleichner, Ausschussmitglieder: Otto Vid, Rich. Hlegshörl, Erbstmann: Dr. Franz Lorenz, Revisoren: Dr. Ernst Rhythnolth, Dr. Hans Gerhard Schulz. — Zum internationalen Kritikerkongreß delegierte die Versammlung die Mitglieder L. Goldschmidt, Otto Vid und Dr. E. Steinhardt.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag (237-1), 7 1/2 Uhr: „Dallibar“, Samstag (238-2), 7 1/2 Uhr: „Komödie in Venedig“, Sonntag, Arbeiter-Vorstellung, 2 1/2 Uhr: „Dallibar“, 7 1/2 Uhr (239-3): „Muffica und Fall der Stadt Mahagonny“, Montag (240-4), 7 1/2 Uhr: „Komödie in Venedig“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag, halb 8 Uhr: „Die Kassetten“, Samstag, 7 1/2 Uhr: „Arrgarten der Liebe“, Sonntag, 7 1/2 Uhr: „Arrgarten der Liebe“, Montag, 7 1/2 Uhr: „Geschäft mit Amerika“.

Sport * Spiel * Körperpflege

Das Internationale Büro der OAG.

tritt am Samstag, den 20. und Sonntag, den 21. September aus Anlaß des zehnjährigen Bestandesjubiläums der OAG in Luzern zu einer Festigung mit folgender Tagesordnung zusammen: 1. Bericht der Exekutive, der Untersekretäre, des Finanzausschusses, des Erziehungsausschusses, 2. Die Verwendung der Freizeit (Ref.: Genosse Deutinger), 3. Das 2. Internationale Arbeiter-Olympia: a) Geschäftliches, b) Technisches. 4. Der 6. Kongreß der OAG. (Kopenhagen 1932). Ref.: Genosse Gellert, 6. Verschiedenes. — Heute, Freitag, veranstaltet der Schweizer Arbeiter-Turnverband zu Ehren der Festtage in Bern einen Begrüßungsabend.

In vier Jahren viermal so stark.

Erfreuliche Entwicklung des Arbeiter-Fußballverbandes in Oesterreich.

Der österreichische Arbeiter-Fußballverband hat in den vier Jahren seines Bestandes eine stets vorwärtstrebende Entwicklung genommen. Es gab nie einen Stillstand, geschweige denn einen Rückschlag. Dies ist um so bemerkenswerter, als diese Organisation buchstäblich mit nichts anfangen mußte.

Im Mai 1926 wurden die Vereine, die dem Fas angehörten, von den Bürgerlichen aus dem Fußballverband ausgeschlossen. Man hätte ihnen wohl das Weiterspielen gnädig gestattet, nur mitzureden hätten sie nichts mehr gehabt. Die Ausgeschlossenen — ihr Ausschluß war mit dem Vereinsgesetz natürlich nicht in Einklang zu bringen — bedankten sich dafür und schritten an die Gründung eines eigenen Verbandes.

Im Oktober fand bereits die Gründungsversammlung statt. Zwölf Vereine, die über mehr als dreißig Mannschaften verfügten, waren zur Stelle. Der inzwischen auch schon gebildete Arbeiter-Fußballverband gewährte seinem kleineren Bruder zuerst Unterkunft und Unterstützung. Nach einem Jahr war er doppelt so groß, bereits größer als der vormehr ganz bürgerlich gewordene Fußballverband. In dem gleichen Verhältnis schritt das Wachstum auch in den folgenden Jahren fort. 1929 wurden in Wien 38, in Niederösterreich und Steiermark je vier und in Oberösterreich ein Verein gezählt.

Außerdem betätigten sich im Rahmen des Verbandes 32 Mannschaften der Sozialistischen Arbeiterjugend. Heuer stieg die Zahl der Vereine auf 53, die der gemeldeten Spieler und Spielerinnen auf mehr als zweitausend. Neu hinzugekommen ist noch die Freie Gewerkschaftsjugend mit 26 Gruppen und 32 Mannschaften. Besonderes Augenmerk wurde auf den Frauensport gerichtet. Nicht vergeblich, denn die Zahl der an der Meisterschaft beteiligten Frauenriegen ist schon größer als die der Männermannschaften. Die angeführten Zahlen zeigen, daß der Erfolg dieser Organisation, in der stets ernst und sachlich gearbeitet wird, treu geblieben ist.

Kuckuck
30 Groschen
20 Pfennig
30 Rappen
1-60 L. K.
Die größte illustrierte Wochenschrift
Erscheint jeden Sonntag überall erhältlich

Humor ist international.

Stimmen der Völker in der Anekdote.

Humor ist international. Jedenfalls wird in den Kinos aller Welt über lustige Dinge gelacht und besonders wird über Chaplin gelacht, gegrint, geschmunzelt, wie über seinen zweiten Menschen. Wir lachen über amerikanische, englische, schwedische, jiddische, sächsische Witze. An einigen Beispielen seien die besonderen Arten des Witzhumors aufgezeigt.

Als einer der besten amerikanischen Witze wurde dieser in einem Wettbewerb befunden: Ein Einbrecher dringt im Hause eines Boxersampions ein. Der Weltmeister hört den ungeheuersten Dief, geht ins Zimmer, packt ihn, wirbelt ihn umeinander, daß sich dem armen Teufel alle Sehnen dehnen, daß alle Gelenke sich biegen, alle Knochen knaden, bis er endlich bitter: „Ach, wollen Sie nicht die Polizei rufen, mein Herr?“

Typischer als dieser preisgekrönte Witz scheint für Amerika folgender: Ein Mann wurde in einer New Yorker Straße bewußtlos aufgefunden. Er kommt einspewidrei ins Spital, wird entleert und fliegt auf den Operationstisch. Da bemerkt die Krankenschwester, daß ihm eine Pappfistel am Hals hängt. Darauf steht: „Teile dem Anstaltsarzt mit, daß dies ein Epilepticonfall ist und keine Blinddarmentzündung. Blinddarm wurde mir schon zweimal entfernt.“

Für einen guten englischen Witz kann man diesen nehmen: Der Mann sitzt im Büro. Der Freund tritt ein: „Hörst du, deine Schwiegermutter ist tot!“ Darauf der Mann: „Nimm, bring mich nicht zum Lachen, ich hab eine aufsprungene Lippe!“

Auch dieser ist ein echt englischer: Ein Engländer und ein Amerikaner streiten sich über

die Dauerhaftigkeit, Haltbarkeit und den Nutzen ihrer Geldschränke. Der Engländer erzählt, er habe einmal eine kleine Kasse in seinen Geldschrank gesperrt, dann Holz, Kohle, Benzin und Del ringsherum angebrannt und durch das Feuer den Schrank glühend gemacht. Nach der Abkühlung hat er den Schrank geöffnet — die Kasse war gesund und unantastet. Der Amerikaner nickte, spuckte, steckte einen frischen Kaugummi in den Mund und erwiderte, er habe einmal einen Zahn in seinen Geldschrank gesteckt und diesen bis zur Weißglut erhitzt. Der Engländer grünte: „Na, und als Sie den Schrank öffneten, da krähte wohl der Zahn?“ „Nein!“ erwiderte der Amerikaner und spuckte: „Er war steif gefroren!“

Die Schotten sind bekannte Witzbolde. Ihr Humor — angeknüpft an ihren sprichwörtlichen Geiz — sieht etwa so aus: Auf einem Balken im Meere treiben zwei schiffbrüchige Matrosen. Der eine fängt in seiner Angst zu beten an: „Lieber Gott, ich habe deine Gebote oft verletzt, aber wenn ich gerettet werde, so verspreche ich dir, ich will —“ Da unterbricht ihn der andere hastig: „Vorsicht, Patrik, warte noch ein bißchen, ich glaube, ich sehe Land!“

Ein schwedischer Witz: Dagmar und Gunnar fahren über den Ozean. Dagmar erzählt den Fischgästen, wie oft sie beide schon über den Ozean gefahren sind, daß dies alles etwas Alltägliches für sie sei. Sie nennt sich und ihren großen breiten Gunnar Ozeanrauten. Nachmittags ist alles an Bord. Da fragt die Ozeanraute Gunnar den Kapitän, auf die Rettungsringe deutend: „Sagen Sie, Kapitän, wozu brauchen Sie die vielen Automobilschlösser auf dem Wasser?“ Die Schweden lieben es nämlich — ähnlich wie die Pommeren —, sich selbst als dummschlau hinzustellen.

Eine berühmte schwedische Geschichte zur weiteren Charakterisierung: Ein junger Mann

findet keinen Platz mehr im Feriensonderzuge. So stellt er sich vor den letzten Wagen und ruft: „Alles aussteigen — der letzte Wagen wird abgehängt!“ Im Nu leerte sich der Wagen, der junge Mann hat nun Platz so viel er will. Er macht sich bequem und wartet auf die Abfahrt. Er sieht den Stationsvorstand vorbeischlendern und fragt: „Wann gehts denn eigentlich los?“ — „Ah, Sie sind der schlaue Herr, der die Passagiere genarrt hat, daß der Wagen abgehängt wurde?“ — „Ja, der bin ich!“ lacht der Jüngling. „So, so“, grinst der Vorsteher, „ein Beamter hörte Sie rufen, und da er glaubte, Sie gehören zur Aussicht, so hat er den Wagen einfach abgehängt. Der Zug ist weg.“

Für den jiddischen Humor gilt diese Geschichte bezeichnend: Zwei russische Juden treffen sich auf dem Bahnhoft. „Wohin fährst du?“ — „Nach Krakau.“ — „E großer Lügner bist doch du!“ schmunzelt der andere. „Willst mich glauben machen, daß du nach Lemberg fährst und sagst, fährst nach Krakau. Aber genau weiß ich, du fährst doch nach Krakau!“

Berlinisch ist folgender Scherz, dessen Verfasser nie ermittelt wurde. Dieses wichtige Gedicht war auf die Tischplatte einer Berliner Weißbierstube geschrieben worden:

Ich sitze hier und esse Klops,
Uff einmal Klops.
Ich liebe, staune, wundre mir,
Uff einmal geht se uff de Tier.
Nanu, dent ich, id dent, nanu,
Nest iffe uff, erstcht war se zu —
Ja jehe raus und blicke —
Und wer steht draußen? — Jde!

Ein sächsischer Witz sieht so aus: Zwei Männer sitzen in einem Konzert. Der eine versteht was von Musik, der andere nicht. Der eine sagt: „Eine schlechte Aggukbagg ih hier!“ Der andere schnüffelt und meint: „Ch rieche nisch!“

Bezirksorganisation Prag.
Am Montag, den 22. d. M., um 20 Uhr im Hotel „Monopol“
Diskussionsabend
mit dem Thema:
Die Wahlen in Deutschland.
Den einleitenden Vortrag hält Genosse Dr. Wiener. Die Genossen und Genossinnen werden herzlich eingeladen.
Der Bezirksbildungsausschuß.

Der Film. Filmwoche.

Was man sich nicht anschauen soll!

„Gute Nacht — eventuell“, Musik aus der Fabrikation von Robert Stolz, ansonsten eine Filmoperette, wie wir sie leider zu vielen Dupenden genießen mußten. Jrgend eine Frau komponiert Schlager und verdient damit viel Geld, was sie aber vor ihrem Gatten, der Bars und deren Atmosphäre nicht gerade sehr liebt, aus unbekanntem Anlaß verknagel!! Mit dieser inneren und äußeren Konflikt will ein junger Regisseur, Camo, im Urania-Kino fast zwei Stunden unterhalten. Vieles daran gelingt ihm mit wertvoller Hilfe der lieben und reizenden Jenny Duga, des ganz entzückend quatschenden Otto Wallburgs und des prächtigen Eintanzers Siegfried Arno. Leider sind dieser gute Leistungen imlande, die beschämende Tiefe des Tonfilmfisches auf Momente zu übertrüben.

„Der Walzerkönig“ im Bio Romy und Maceka. Na, wenn wir Paul Whitmann, den Jazzkönig, gesehen haben, warum denn nicht auch Johann, der Wiener Walzerkönig? Zur Entschuldigung ist anzuführen, daß auch dieser Film, der ursprünglich stumm war und nachher mit „den süßen Weifen“ und „Sprechfilmclingen“ synchronisiert wurde, die Kraft, die unmittelbare Wirkung und hinreichende Schönheit der Weifen Straußens nicht verderben konnte. Was man so nebenbei mit den Brüdern Strauß und ihren angeleglichen Erlebnissen unternommen hat, darüber wollen wir lieber nicht berichten. In unterer Zeile der „König“ noch aus Rußland ins revolutionäre Wien zurück und reißt vom Balkon des Hauses seiner abligen Witte im Spiel die Menge zum Tanz mit; das wäre so ziemlich die einzige Szene, mit der man Staat machen könnte, wenn unsere liebe und ungeheuer gebildete Zensur hier nicht abblenden ließe, und zwar deshalb, weil Strauß bei der Marcellaise unermüdet in der Dreivierteltakt übergeht und die Massen so unermittelt zum Donauwalzer und Tanz bringt! Wenn unser Zensur glaubt, daß damit die Kraft der Marcellaise gemildert werden kann, dann fragen wir nur ganz bescheiden — wenn auch ebenso vergebens —, warum diese Liebe für Revolution nicht auch bei den Russenfilmen gezeigt wird?

Was soll man sich anschauen?

Wenig, sehr wenig; die englische Fassung von „Atlantik“ kann man nicht empfehlen, es geht da noch unnatürlicher zu, wie bei der deutschen. Dagegen kann man sich an einem Harald Lloyd wirklich erfreuen. „Harold, pak' auf“ (Welche danger) ist nicht sein bester Film, aber in Anbetracht dessen, daß er siegreich über seine amerikanischen Tonfilmkollegen triumphieren kann mit einem kühlen, unerschütternden Gesicht, seinen reizenden Ungeschicklichkeiten und einer Handlung aus dem New Yorker Detektivmilieu, gibt es uns eigentlich wieder etwas Lust, ein Tonfilmkino zu besuchen. Gut sind die akustischen Wirkungen in den Dunkelkammern, als Ganzes haben wir aber natürlich hier einen wahren, echten Stummfilm, nach dem sich heute bereits alle Vernünftigen sehnen!! W. Zg.

Herausgeber: Siegfried Taub.
Chefredakteur: Wilhelm Riechner.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag.
Druck: „Moto“ A. G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Politz, Prag.
Die Zeitungsmarktenkonstruktion wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit: Erlaß Nr. 13.500/VII/1930 bewilligt.

KINO-PROGRAMM
Vom 19. bis 23. September 1930

Wran-Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag.
Tel. 22.220
Prolongiert:
„Gute Nacht — eventuell...“

Wo verkehren wir?
Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Oparr)
Täglich Konzert. **PRAG II.** Hybernská Nr. 7.